

«Der Fürst hat Zweifel, das muss ich zur Kenntnis nehmen»

Interview mit Regierungschef Mario Frick zu BND-Dossier, zum Verhältnis zum Fürsten, Telefonie und Gesundheitsreform

Das politische Tagesgeschäft ist von Wirren gekennzeichnet. BND-Dossier, Telefonie, Gesundheitsreform und das Verhältnis der Regierung zum Landesfürsten beherrschen die politische Agenda der letzten Wochen. Das Volksblatt befragte Regierungschef Mario Frick zu diesen Themen. Hierbei kam eine überraschende Aussage. Der Regierungschef schliesst staatliche Subventionen zur Telefonie nicht aus.

Mit Regierungschef Mario Frick sprach Alexander Batliner

Volksblatt: Herr Regierungschef, gemäss Medienförderungsgesetz Artikel 4 können diejenigen Medien für Beiträge ansuchen, «die sich vorwiegend und anhaltend mit Themen oder Ereignissen in Liechtenstein befassen.» Hat das Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» schon ein Gesuch gestellt?

Mario Frick: Nein. «Der Spiegel» würde die Voraussetzung nicht erfüllen. Es reicht nicht, wenn man hier und da über Liechtenstein berichtet. Die Idee ist, dass man sowohl in guten wie auch in schlechten Zeiten über unser Land berichtet. «Der Spiegel» konzentriert sich nur auf negative Aspekte, das erlaubt keine objektive Meinungsbildung. Das ist nicht im Sinne des Medienförderungsgesetzes.

Es gibt Verdachtsmomente, dass jemand aus Liechtenstein die Papiere geschrieben hat

Die Problematik um das BND-Dossier und die anonymen Papiere wird immer verwirrender. Sowohl der Landesfürst als auch Sie haben einen Verdacht geäußert, wer der Autor dieser Papiere sein könnte. Zeichnet es sich ab, dass jemand aus Liechtenstein diese Papiere schrieb und der BND eine Zusammenfassung aus diesen Papieren als BND-Dossier deklarierte?



Mario Frick: «Es ist bezeichnend, dass einige Personen nur zu gern auf die Vorwürfe aufgesprungen sind, dass Behörden kriminell waren oder seien.»

Im Sinne der laufenden Ermittlungen darf ich hierzu nicht allzu viel sagen. Der Landesfürst äusserte gegenüber dem Magazin «Der Spiegel» einen Verdacht. Ich kann bestätigen, dass es Verdachtsmomente gibt, die in die Richtung weisen, dass jemand aus Liechtenstein diese Papiere geschrieben haben könnte. Wir haben jedoch noch keine gesicherten Erkenntnisse. Sonderstaatsanwalt Spitzer ermittelt in verschiedene Richtungen – auch in diese.



Regierungschef Mario Frick: «Ich kann bestätigen, dass es Verdachtsmomente gibt, die in die Richtung weisen, dass jemand aus Liechtenstein diese Papiere geschrieben haben könnte.» (Bilder: bak)

Dass es in unserem Land kriminelle und charakterschwache Elemente gibt, liegt in der Natur der Sache

Angenommen, der Verdacht sollte sich bestätigen, dass jemand aus Liechtenstein diese Papiere schrieb. Wie beurteilen Sie generell dann diese Tatsache?

Dies muss differenziert betrachtet werden. Dass es bei rund 33 000 Personen in unserem Land auch kriminelle und charakterschwache Elemente gibt, liegt in der Natur der Sache. Das ist so. Es ist tragisch, da wir, die in einem solch kleinen Land leben, auch eine Solidargemeinschaft sein sollten. Wenn herauskommen sollte, dass jemand aus Liechtenstein das Land so in Verruf brachte, dann begehrt er Landesverrat. Man sollte dann aber nicht in eine Stimmung verfallen, dass alles schlecht ist. Man sollte einen positiven Aspekt hinter dieser Problematik auch erkennen: Wir

dass Behörden kriminell waren oder seien. Das wäre eine Katastrophe. Meine Reaktion war, dass diese pauschalen Vorwürfe nicht stimmen können. Am Ende von diesem Weg, den wir zur Zeit gehen, müssen die gesetzlichen Regelungen und die Vollzugsmassnahmen gegen kriminelle Machenschaften optimiert sein. In der Bevölkerung kann so wieder Vertrauen hergestellt werden, indem wir zeigen, dass wir das Möglichste tun.

Rund drei Jahre nach dem Erscheinen des anonymen Papiers: 1997: Beurteilen Sie Ihr Handeln, das Papier abzulegen, im Nachhinein als Fehler?

Es wurde von mir nicht abgelegt, sondern ich habe es den Strafverfolgungsbehörden weitergegeben. Aus dieser Sicht glaube ich nicht, dass es ein Fehler war. Was ich sagen muss: Ich war nicht informiert, was darauf unternommen wurde und wie man vorgegangen ist. Dies ist auch heikel, da dies der Justizbereich ist. Gemäss Gewaltenteilung dürfen wir uns dort nicht einmischen. Auf der anderen Seite kommt nun die Frage, weshalb ich nicht nachgehakt habe. Für mich war klar, dass die Judikative alles macht und ich mich nicht einmischen darf. Wir wissen nun, dass sie gemäss «Standard betreffend anonyme Papiere» vorgegangen ist. Sie hätten vielleicht ein wenig mehr machen sollen. Man muss dieses Handeln aber in der Zeit von damals sehen und die Behörden auch verstehen.

Sie sprechen die Judikative an. Mich überrascht, dass Sie nicht einmal Ihre Kollegen in der Regierung und speziell Ihren Justizminister informiert haben.

Im März 1997 war noch die alte Koalitionsregierung im Amt. Dort war ich Justizminister. Ich hätte mich also selber informieren müssen. Für mich war dieses Thema erledigt, nachdem ich das Papier der Polizei und der Staatsanwaltschaft übergeben habe. Ich habe es daher gegenüber niemandem erwähnenswert gehalten. Es hat mich nie beschäftigt, da ich den Inhalt als falsch und hanebüchen erachtete.

Der Landesfürst sieht das nun ein wenig anders. Er hat im Magazin «Der Spiegel» nochmals Kritik am Verhalten der Behörden also konkret an der Regierung geäußert. Er betont, dass die Behörden das Papier 97 bewusst dem Landesfürsten vorenthalten hätten. Das sind meines Erachtens schwerwiegende Vorwürfe. Wie stellen Sie sich dazu?

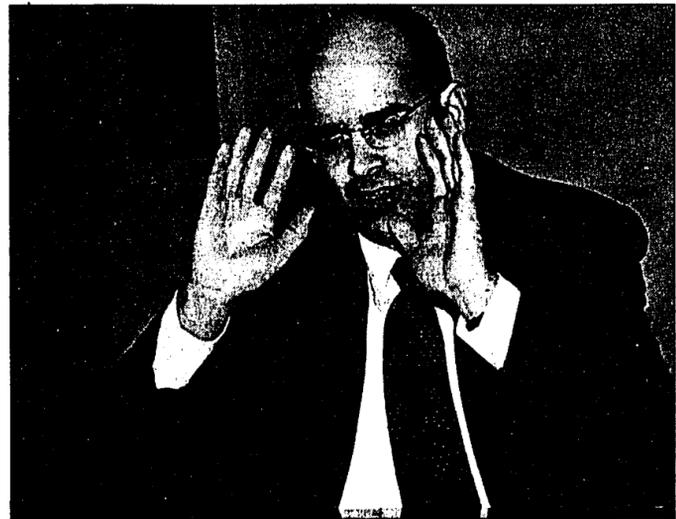
Ich war der Meinung, er hat das Papier 1997, da es an die Pressestelle

Schloss Vaduz adressiert war. Ich hatte überhaupt keine Zweifel, dass der Fürst dieses Papier hat. Ich habe am 16. Dezember 1999 das Gegenteil erfahren. Am selben Tag hat er es dann erhalten. Das ist das, was ich sagen kann. Der Fürst hat Zweifel, das muss ich zur Kenntnis nehmen. Mich bekümmert dies und mich ärgert, dass es in dieser Art und Weise in der Öffentlichkeit behandelt wurde. Ich habe mir nichts vorzuwerfen.

Ich habe mit dem Landesfürsten immer sehr offen diskutiert

Es gab Meinungsverschiedenheiten zwischen Ihnen und dem Staatsoberhaupt. Der Landesfürst nannte das Verhältnis zur Regierung als «nicht ganz entspannt». Ist eine Zusammenarbeit auf Vertrauensbasis zwischen Ihnen und dem Landesfürsten überhaupt noch möglich?

Der Satz des Landesfürsten geht noch weiter. Der Landesfürst betonte gegenüber dem Magazin «Der Spiegel», dass das Verhältnis nicht ganz entspannt sei wegen der Verfassungsdiskussion. Ich habe mit dem Landesfürs-



Regierungschef Mario Frick: «Der Fürst hat Zweifel, das muss ich zur Kenntnis nehmen. Mich bekümmert dies und mich ärgert, dass es in dieser Art und Weise in der Öffentlichkeit behandelt wurde.»

ten immer sehr offen zu allen Fragen diskutiert. Das hat er begrüßt. Ich war zum Landesfürsten auch zum Thema Verfassung sehr offen. Ich muss als Regierungschef natürlich zu meiner Meinung stehen können. Es ist in Liechten-

stein erlaubt, als Regierungschef auch einmal eine andere Meinung als der Landesfürst zu vertreten.

Wenn Sie nun aber mit dem Landesfürsten zusammensitzen. Wie ist die Stimmung – angespannt, gut oder schlecht?

Wie ich sie sehe ist sie nicht angespannt. Klar treffen mich gewisse Aussagen. Ich schaue jedoch nach vorne und konzentriere mich auf die wichtigen Aufgaben des Landes.

Subventionen für die Telefonie kann ich nicht mit absoluter Sicherheit ausschliessen

Themawechsel: Vor kurzem haben sich die Telecom FL und die LTN öffentlich die Schuld für die hohen Telefongebühren zugeschoben. Sie haben den Druck auf die LTN erhöht und erwarten eine Senkung der Interkonnektionsgebühren. Wie soll das gehen, wenn die LTN gemäss eigener Aussage schon zum Selbstkostenpreis die Netze anbietet?

Die LTN hat aufgrund des Zeitpunktes der Autonomisierung, einen Startnachteil. Dieser Startnachteil wird uns das ganze Jahr 2000 begleiten. Bis zu Beginn des nächsten Jahres wird dieser Startnachteil aufgeholt sein. Die Interkonnektionspreise der LTN müssen differenziert betrachtet werden. Bezüglich nationaler Telefonie ist die LTN auf dem heute gebräuchlichen Preisniveau. Es ist nicht ganz richtig, wenn man die 2,5 Rappen in der Schweiz mit den 5 Rappen in Liechtenstein vergleicht. Dies deshalb, da man bei LTN 5 Rappen für einen Anruf zu einer Person zu einer anderen bezahlt. Bei Sunrise beispielsweise zahlt man 2,5 Rappen für einen Anruf vom Anrufer zu Sunrise. Dann gibt es aber noch keine Verbindung zu jener Person, mit der man sprechen möchte. Das ist ein wichtiger Unterschied. Bei der internationalen Telefonie gilt Ähnliches. Die 11 Rappen der LTN sind aber im internationalen Vergleich zu hoch. Dieser Betrag muss reduziert werden. Dies ist kein Vorwurf an die LTN. Man muss bedenken, dass die LTN sehr grosse Ausgaben für die Infrastruktur hat. Ein grösseres Problem sehe ich bei den Anschlussgebühren. Aber auch hier: Die LTN hat eine schwierige Aufgabe.

Schliessen Sie Subventionen generell aus?

Subventionen, vielmehr staatliche Beiträge überhaupt, wären das letzte Mittel. Ich hoffe, dass es nicht nötig wird. Ich kann es aber nicht mit absolu-